

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk. bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 Mk. bei Platzvorkauf 3.— Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mk. Reklame-Kolonelle 10.— Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Schließt die Reihen, rüstet zum Kampf!

Parteilosen und Parteigenossen!

Die katastrophale Geldwertung hat eine neue Teuerung hervorgerufen und die Kosten der Lebenshaltung auf eine bisher nie gekannte Höhe getrieben.

Die Preise der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel sind durchschnittlich auf das dreifache bis fünfunddreifache der Friedenspreise gestiegen.

Die Entbehrungen der Minderbemittelten sind durch den Wucher der Agrarier und der Kapitalisten mit Brot, Kartoffeln, Fleisch, Milch, Butter und Schmalz, mit Kleidung und Schuhwerk und vielen anderen unentbehrlichen Gebrauchsgegenständen zu unerträglicher Not angewachsen.

Infolge der Anzuerkennung nehmen Krankheit und Sterblichkeit fortwährend zu, und wieder finden sich — wie zur Zeit des Krieges — Vertreter der Wissenschaft, die einen „glänzenden“ Gesundheitszustand der Bevölkerung feststellen wollen.

Zu Wirklichkeit ist der Gesundheitszustand erbärmlich, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Diese Auswucherung der Volksmassen durch die eigenen Volksgenossen wirkt

schlimmer als die Entente-Blockade während des Krieges.

Die Geheulrufe der Not treffen alle Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinrentner und Kleingewerbetreibende; sie werden jedoch am schmerzlichsten empfunden von den Arbeitslosen, den Invaliden der Arbeit und des Krieges und von den Kriegshinterbliebenen.

Während aber die Minderbemittelten immer tiefer im Elend versinken, häufen die Besthenden

Reichtümer auf Reichtümer.

Sie fügen zu den gewaltigen Kriegs- und Revolutionsgewinnen fabelhafte

Valuta- und Wuchergewinne.

Sie treiben durch Steuerabotage und Uberteuering der Staatsleistungen Reich, Staat und Gemeinden immer weiter dem Bankrott zu. Doch nicht genug damit, strecken sie nunmehr gierig ihre Hände auch noch nach dem Eigentum des Reiches:

den Eisenbahnen!

Und die Regierung sieht diesen Dingen tatenlos zu. Ja, noch mehr!

Sie läßt sich ein in Unterhandlungen mit den politischen Erpressern und bereitet

neue Steuern

vor, durch die vor allem

die Minderbemittelten

Berlin, den 19. November 1921.

wiederum schwer belastet werden sollen. Gegen diese Absicht verstärkter

Auswucherung und Knechtung

muß sich die Arbeiterschaft in

gemeinsamem Kampf

wehren.

Nächstes Ziel dieses Kampfes ist die Durchführung unserer dringlichsten Mindestforderungen:

1. Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und Sicherung der auswärtigen Zahlungsverpflichtungen durch ausreichendes Heranziehen des Besten insbesondere auf dem Wege der Erfassung der Sachwerte.
2. Sofortige Einziehung der beschlossenen Besitz- und Einkommensteuern.
3. Sozialisierung des Bergbaues.
4. Fortführung der Sozialpolitik.

Mehr und mehr sind diese unsere Forderungen

Allgemeinut der ganzen Arbeiterschaft

geworden. So haben neuerdings Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund und IFA im wesentlichen die gleichen Forderungen gestellt.

In den von unserer Partei einberufenen Volksversammlungen fanden diese Forderungen allgemeine Zustimmung. Der Kampf um ihre Durchführung darf nicht zum Stillstand kommen. Er muß mit gesammelter Kraft weitergeführt werden.

Parteilosen! Rüst überall Volksversammlungen ein!

Propagiert unsere Forderungen!

Wir haben uns bereits mit den anderen Arbeiterparteien, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der IFA zur Einleitung gemeinsamer weiterer Aktionen in Verbindung gesetzt und um

innerhalb und außerhalb des Parlaments

den Kampf um die Verwirklichung der Forderungen des Proletariats erfolgreich zu führen.

Männer und Frauen des arbeitenden Volkes!

Rasch muß gehandelt werden!

Die Zeit drängt. Je länger ihr wartet, desto mehr steigt die Not. Die Entscheidung fällt noch vor Weihnachten. Haltet euch bereit! Unterstützt uns in unserem Bemühen, der Einheitsfront des Proletariats!

Hart und schwer werden die Kämpfe werden, zu denen wir euch aufrufen!

Bedeutungsvoll aber auch der Preis des Sieges!

Unter dem roten Banner des Sozialismus gilt es zu kämpfen

gegen Hunger und Knechtschaft, für Brot und Freiheit!

Für den Allererlöser Sozialismus!

Das Zentralkomitee der A. S. P. D.

Kreditoperation zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen.

Berlin, 19. November. (WIZ.) Im Anschluß an die Verhandlungen der deutschen Regierung mit dem Garantiekomitee Ende September und Anfang Oktober war die Reparationskommission nach Berlin gekommen, um die Frage zu prüfen, in welcher Weise die nächsten Zahlungen nach dem Ultimatum von London bewirkt werden könnten. In den Besprechungen mit Vertretern der deutschen Regierung hat sie die Forderung aufgestellt, daß diese Zahlungen nötigenfalls durch Zuanpruchnahme ausländischer Kredite bewirkt werden müßten. Der Reichskanzler hat heute der Reparationskommission vor ihrer Abreise das folgende Schreiben übergeben: „Die deutsche Regierung geht davon aus, daß es an und für sich nicht dem Sinne der Bestimmungen des Zahlungsplanes von London entspricht, zur Aufbringung der Jahresannuitäten zu dem Mittel des Kredits zu greifen. Sie ist aber, um einen Beweis ihres guten Willens zu geben, bereit, eine solche Kreditoperation vorzunehmen. Für die Frage, unter welchen Bedingungen ein Kredit genommen werden würde, kommt es in erster Linie auf die Vorschläge desjenigen an, der das Geld herleihen soll. Die deutsche Regierung ist bereit und hat auch bereits Schritte getan, um sich einen Kredit zu verschaffen. Sie bittet die Reparationskommission, sie hierbei unterstützen zu wollen. Sie fühlt sich jedoch verpflichtet, schon jetzt darauf aufmerksam zu machen, daß für die Zeit der Rückzahlung des Kredits eine außerordentlich schwierige Lage mit Rücksicht auf die sonstigen Verpflichtungen des Reichs

entstehen wird und sie erwartet von der Reparationskommission, daß sie dieser besonderen Lage Rechnung tragen wird.“

Uneinigkeit in der Reparationskommission.

Paris, 20. November. Jules Sauerwein berichtet dem Matin aus Berlin, in der gestrigen Sitzung der Reparationskommission sei eine Einigung über die Haltung gegen Deutschland nicht erzielt worden. Der Vertreter Frankreichs, Doulos Dubois, habe die vier andern Mitglieder der Reparationskommission gegen sich gehabt. — Der belgische Delegierte Delacroix habe den Standpunkt vertreten, daß auf die gestrige Erklärung der deutschen Regierung für den Augenblick keine Antwort zu erteilen sei. Es handle sich um eine Zahlung, die in acht Wochen, aber nicht in acht Tagen zu erfolgen habe. Wenn man jetzt Deutschland eine erste Note überfende, dann laufe man Gefahr, denen einen guten Vorwand zu liefern, die die Alliierten anklagen, sie führten die vorgesehene Anleihe zu einem Mißerfolge. Doulos Dubois habe gemeint: Deutschland versuche durch den Vorwand einer außerordentlichen Anleihe sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, infolgedessen habe er vorgeschlagen, ihm eine sehr ernste Warnung zukommen zu lassen. Es sei nicht dementsprechend entschieden worden.

Die Reparationskommission ist gestern vor Berlin abgereist.

Vorschriften der Alliierten über Deutschlands Finanzpolitik?

London, 21. November. (M.) Der Korrespondent der Times kündigt an, daß die Alliierten auf Grund der Prüfung der Baue Deutschlands gewisse Vorschläge bezüglich der Finanzpolitik und der Besteuerung vorlegen werden, wodurch die Ankündigung Brederns berichtigt wird, daß die Reparationskommission derartige Maßnahmen vorzieht.

Der Kampf mit der Klassenjustiz.

Als das zweite Ministerium Wirth gebildet wurde, war eine der interessantesten Persönlichkeiten, die Aufnahme fand, der rechtssozialistische Abgeordnete Dr. Rabbuch, der zum Justizminister avancierte. Dr. Rabbuch hatte in weiten Kreisen nicht nur seines Fräses Aufsehen erregt, indem er die Klassenjustiz (Schmach des neuen Deutschland mit aller Offenheit brandmarkte. Er hat die wilhelminische Justiz, die sich in die Republik vererbte, bloßgestellt, so daß man hoffen durfte, daß Rabbuch als Justizminister einen Wendepunkt in der Praxis der deutschen Rechtsprechung bedeuten werde. Freilich ist kein sozialistischer Justizminister imstande, die deutschnationalen Richterkollegen plötzlich mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Es ist das schwierigste Problem der Republik, die Reinigung der Justiz zu vollziehen, die monarchistisch gesinnten Richter auszumerzen und durch sozialdenkende zu ersetzen. Dazu kommt, daß die Einzelstaaten auf ihre Justizhoheit pochen, was insbesondere bei Bayern der Fall ist. Immerhin aber hätte man annehmen dürfen, daß der neue Reichsjustizminister mit größerer Energie bestrebt sein würde, neue Bahnen einzuschlagen.

Wir haben seinerzeit mit aller Schärfe die Aktionen des Osterpulsches verurteilt und wehren uns noch heute mit aller Entschiedenheit gegen eine Neuaufgabe dieser linkssozialistischen Verurteilungen, ganz gleich, von welcher Partei oder Richtung sie inhenkert werden möchten. Gleichgültig aber haben wir festgehalten, daß viele der Verurteilten nur das Opfer führender Putschisten geworden sind, von denen sie sich mitreißen ließen, ohne sich der Tragweite ihrer Handlungen bewußt zu sein. Ein Putsch und revolutionäre Aktionen sind voneinander grundlegend verschieden. Revolutionäre Vorgänge kommen aus den Tiefen der Massen heraus, während Putsche von einzelnen mehr oder weniger verantwortlich gesinnten Persönlichkeiten bewußt inszeniert und erzeugt werden. Je nach dem Einfluß, den sie auszuüben vermögen, werden sie mehr oder weniger große Massen mit sich fortziehen, die vollkommen kritiklos den ausgegebenen Parolen folgen. Darum sind die Opfer derartiger Putsche vom juristischen Standpunkte aus anders zu beurteilen, als die Führer des Kappischen Staatsstreiches, die bewußt eine Aktion inszenierten und infolge ihrer intellektuellen Stellung vollkommen über die juristische Tragweite ihrer Handlungsweise unterrichtet waren. Was aber haben wir gesehen? Die Oberkappisten laufen nach einseitig Jahren noch immer unbestraft umher, während die Opfer des Osterpulsches, die für ihre Handlungen juristisch in nur beschränktem Maße verantwortlich sind, in den Zuchthäusern und Gefängnissen schmachten. Wie sie dort behandelt werden, darüber geben die Darstellungen über die bairischen Festungsgefängnisse, die auch Dr. Rabbuch in Görlich als „ein Mittelglied zwischen Gefängnis und Zuchthaus“ bezeichnete, einen geradezu grauenhaften Aufschluß und auch der Hungerstreik im Gefängnis zu Lichtenburg zeigt mit aller Deutlichkeit, daß an dem Wesen des Strafvollzuges bisher auch kein Zola geändert worden ist.

Die Reichstagsfraktion der USPD. hatte aus diesen Gründen im Reichstage die Amnestierung der politischen Gefangenen gefordert, so daß der neue Reichsjustizminister gleich zu Beginn seiner Ministerlaufbahn Gelegenheit hatte, sich über seine Auffassungen in Fragen der Klassenjustiz zu äußern. Wir haben seinerzeit berichtet, daß der rechtssozialistische Justizminister die Gewährung einer Amnestie ablehnt und die politischen Gefangenen auf den Gnadenweg verwies. Er lehnte die Amnestie ab, da bei Gewährung einer Amnestie notwendigerweise „Licht und Schatten“ nach rechts und links verbreitet werden müßten und da die Justizhoheit Bayerns nicht angetastet werden dürfe. Wie nach rechts hin noch mehr „Licht“ verbreitet werden kann, ist schlechterdings unverständlich, um so mehr, da diese Worte aus dem Munde eines sonst scharfen Kritikers der deutschen Klassenjustiz kamen. Nach rechts hin weiterhin „Licht“ zu verbreiten ist bei den derzeitigen Justizverhältnissen in Deutschland unmöglich, da eben Rechtsputschisten bisher überhaupt nicht zur Beurteilung gelangten. Sofern man aber glaubte, dem Ansehen der Justiz schuldig zu sein, einzelne der schweren Verbrecher vor die Schranken der Gerichte zu ziehen, war man eifrig bemüht, die Urteilsprüche so zu gestalten, daß sie keinem der Verurteilten irgendwie wehe taten. Es ist darum vollständig unmöglich, nach rechts hin in Amnestiefällen dieselben Gesichtspunkte wahren zu lassen, wie sie gegenüber den Justizopfern von links unbedingt erforderlich sind. Der oberste Beamte der deutschen Justiz hat die Verpflichtung, in seinem Teil das gutzumachen, was die vorkriegsrechtliche Rechtsprechung den beschlossenen Klassen für Wunden schlug.

Dr. Rabbuch beschäftigt sich freilich mit einem Reformprogramm für die deutsche Justiz. Er hat dem Vorwärtsredakteur Kuttner eine Unterredung gewährt, die in der rechtssozialistischen Zeitschrift, Die Glocke, veröffentlicht wurde und der wir sinngemäß folgendes entnehmen,